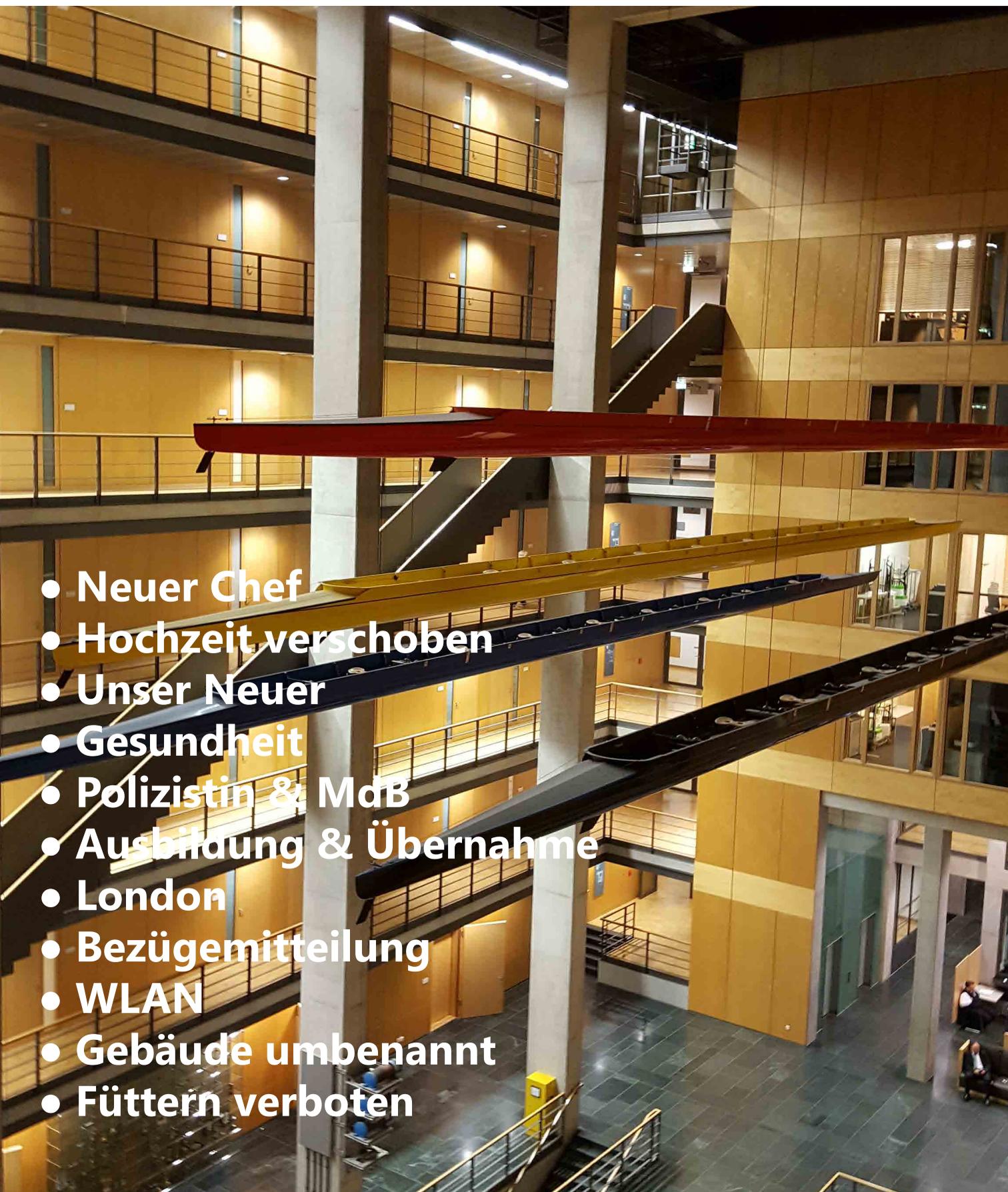


# Zwischenruf

Dezember 2017

VBOB Bundestag und Bundesrat - Für Tarifbeschäftigte und Beamte

- 
- Neuer Chef
  - Hochzeit verschoben
  - Unser Neuer
  - Gesundheit
  - Polizistin & MdB
  - Ausbildung & Übernahme
  - London
  - Bezügemitteilung
  - WLAN
  - Gebäude umbenannt
  - Füttern verboten

# Bundesratspräsident

## Jedes Jahr ein neuer Chef



Jedes Jahr am 1. November wechselt im Bundesrat die Präsidentschaft. Nach einer Tabelle, der Einwohnerzahl folgend, absteigend vom einwohnerstärksten Land Nordrhein-Westfalen bis zum einwohnerschwächsten Land Bremen. Somit wurde der „Staffelstab“ symbolisch am 3. Oktober 2017 in Mainz von Malu Dreyer an Michael Müller übergeben.

In diesem einen Geschäftsjahr kommen allerhand Aufgaben auf den\*die Bundesratspräsidenten\*in zu: Neben der weiterhin anfallenden Arbeit als Chef oder Chefin des Landes werden die Sitzungen des Bundesrates geleitet, der Bundesrat protokollarisch vertreten, Auslandsreisen absolviert und er\*sie ist auch Stellvertreter\*in des Bundespräsidenten.

Warum ist der Wechsel ausgerechnet am 1. November? Die Beantwortung dieser Frage hat auch etwas mit Berlin zu tun. Ursprünglich begann das Geschäftsjahr nämlich mal an einem 7. September, weil die erste Bundesratssitzung am 7. September 1949 stattfand. Das funktionierte auch problemlos bis zum Jahr 1957.

Berlin sollte zum 7. September 1957 die Präsidentschaft übernehmen, aber der Regierende Bürgermeister Otto Suhr verstarb am 30. August 1957. Es musste erst ein neuer Regierender Bürgermeister gewählt werden. Am 3. Oktober 1957 übernahm Willy Brandt dieses Amt. Wer hätte gedacht, dass 33 Jahre später der 3. Oktober Tag der Deutschen Einheit sein wird. Damit Willy Brandt ein volles Geschäftsjahr absolvieren konnte, begann man 1957 den Wechsel immer zum 1. November stattfinden zu lassen. Zwei Bundesratspräsidentinnen hat es seit 1949 erst gegeben: Hannelore Kraft und Malu Dreyer.

Das Sekretariat des Bundesrates wird indes von einer der höchsten politischen Verwaltungsbefehlshaberinnen der Bundesrepublik Deutschland geleitet: Frau Staatssekretärin Dr. Ute Rettler, die in diesem Amt auf sechs männliche Vorgänger blicken kann. Im Auftrag des\*der Bundesratspräsidenten\*in leitet sie die Bundesbehörde mit insgesamt 206 Beschäftigten.

In der Sitzung des Bundesrates am 3. November 2017 wird Michael Müller seine Antrittsrede halten. Er kann auf ein spannendes Präsidentenjahr Ausblick halten: Eine neue Bundesregierung und ein neuer Deutscher Bundestag werden nun dem Bundesrat die Vorlagen zuleiten, zwei Landtagswahlen stehen 2018 an und viele wichtige historische Ereignisse jähren sich 2018.

Am 14. und 15. November 2017 werden erst einmal 135 Jugendliche aus fünf Berliner Schulen das Bundesratsgebäude in Beschlag nehmen, um beim Jugendprojekt „Jugend im Bundesrat“ drei fiktive Gesetzesvorlagen zu beraten und so die Arbeit des Bundesrates kennen zu lernen.

Titelbild

Installation mit dem Titel „auf und ab und unterwegs“, Christiane Möbus, 2001

Als „Luftboote“ wurden sie bezeichnet, ihre Farben - schwarz, rot, gelb und blau - gelegentlich auch politisch interpretiert. Foto: Manfred W. Wiegers

Bild Seite 2:

Michael Müller  
Regierender Bürgermeister von Berlin  
Bundesratspräsident  
Quelle: SPD Berlin

Bild oben rechts:  
Jens Bredehorn\_pixelio.de

### Zwischenruf - Für Tarifbeschäftigte und Beamte

VBOB Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden, Fachgruppe 01 - Deutscher Bundestag/Bundesrat

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
eMail: vbob@bundestag.de

An der aktuellen Ausgabe haben mitgewirkt:  
Robin Beyer, Heiko Geiger, Maria Fabian-Krautkrämer, Gustav Schlüter, Oliver Trampler, Steven Waldmann, Manfred W. Wiegers

Satz und Layout: Manfred W. Wiegers



## Hochzeit verschoben Elektronischer Dienstaussweis kommt später

Unter Hochzeit versteht man in der Automobilindustrie das Zusammenführen von Karosserie und Motor. Ein bis heute schwieriger und entscheidender Vorgang beim Bau eines Autos. Die Verschmelzung des Dienst- und Hausausweises für Beschäftigte der Verwaltung scheint auch ein solch komplexes Verfahren zu sein.

Angefangen haben die Überlegungen mit der Nutzung von RFID-Chips (radio-frequency identification), die in Ausweisen stecken und eine kabellose Sicherheitsprüfung an den Pforten mit Bildanzeige ermöglichen. Nicht nur, dass ein Ausweis eingespart werden kann. Mit der Nutzung des RFID-Chips wird gleichzeitig auch dem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen.

Die Planungen zielten auf den Beginn der neuen Wahlperiode ab und sahen neben den Ausweisen für Abgeordnete, Fraktionen und deren Mitarbeiter, die in der neuen Version ebenfalls ei-

nen RFID-Chip beinhalten, auch die neuen Ausweise für die Verwaltung vor.

Neben der noch nicht abgeschlossenen Umrüstung aller Pforten scheint sich nun auch die Erstellung dieses „doppelten“ Ausweises aus nicht näher bekannten Gründen zu verzögern. In einer Hausmitteilung aus September dieses Jahres teilt die Verwaltung mit, dass das neue System erst im zweiten Quartal 2018 in Betrieb genommen werden kann.

Wer in der Zwischenzeit einen neuen Haus- bzw. Dienstaussweis benötigt bekommt nicht den „verheirateten“ Doppelausweis, sondern einen neuen Hausausweis mit blauer Hintergrundfarbe; aber ohne die Funktion als Dienstaussweis. Einen neuen Dienstaussweis - nach alter Art - bekommt nur noch derjenige, der nachweist, dass dieser aus dienstlichen Gründen erforderlich ist.

# Bundestagspräsident

## Unser Neuer

*„Ihr werdet euch noch wundern, wenn ich erst Rentner bin..., mit 75 Jahren, da fängt das Leben an, mit 75 Jahren, ist noch lange nicht Schluss!“*

Am 24. Oktober hat der Deutsche Bundestag Dr. Wolfgang Schäuble als Nachfolger von Prof. Dr. Norbert Lammert zu seinem 13. Präsidenten seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Er übt damit nach dem Protokoll das zweithöchste Staatsamt aus. Daneben ist er der oberste Chef der Bundestagsverwaltung mit fast 3000 Beschäftigten.

Schäuble ist Volljurist und war zunächst für die Steuerverwaltung in Baden-Württemberg tätig. Zuletzt war er langjähriger Bundesfinanzminister. Er kennt sich also bestens mit Vorschriften und Zahlen aus. Eine gute Kombination für unsere Verwaltung. Themen und Herausforderungen gibt es mehr als genug.

Wer mit so viel Tatkraft und Engagement eine neue Aufgabe übernimmt, stellt dabei unter Beweis, dass es auf das Lebensalter nicht ankommt. Schäuble ist gerade mal 75 Jahre alt.

Etliche Kollegen\*innen, die oft jahrelang hier tätig sind, fühlen sich ebenfalls fit und wollen freiwillig gerne über die sog. Regelaltersgrenze weiter arbeiten. Leider ist es da nicht so einfach wie bei unserem obersten Chef.

Eigentlich will die Personalverwaltung das nämlich gar nicht. Wer die Altersgrenze überschritten hat, soll aufhören, egal ob sie\*er das wünschen. Nur in ganz wenigen Ausnahmefällen war unsere Behörde bisher bereit, solchen Anträgen entgegen zu kommen.

Hier wünschen wir uns mehr Flexibilität. Warum sollen die Kollegen\*innen, die sich fit fühlen, bisher einen guten Job gemacht haben und das gerne weiter tun wollen, nicht für die Verwaltung länger arbeiten dürfen? Wieso dürfen Politiker\*innen eine solche Entscheidungsfreiheit für sich in Anspruch nehmen, die Beschäftigten, die für sie arbeiten jedoch nicht. Warum verabschiedet der Deutsche Bundestag Gesetze, die einen flexiblen

Übergang zwischen Arbeit und Ruhestand fördern, füllt sie in der eigenen Verwaltung dann aber nur halbherzig mit Leben?

Unser Vorschlag sieht daher vor, dass Anträgen von Kollegen\*innen, die länger arbeiten wollen, grundsätzlich zugestimmt wird. Nur wenn wichtige Gründe dagegen sprechen, ist das anders. Die Höchstdauer dieser voraussetzungslosen Weiterbeschäftigung ist jedoch auf ein Jahr begrenzt. Die Erfahrungen mit diesem Modell werden gesammelt und von Verwaltung und Interessenvertretungen gemeinsam ausgewertet.

Jetzt ist die beste Chance, diesen Vorschlag, der schon lange bei der Verwaltung liegt, umzusetzen.

**Mit 65+ Jahren muss nämlich noch lange nicht Schluss sein!**

## Krankheitszahlen weiter hoch

Seit Jahren steigt unsere Krankheitsrate langsam aber kontinuierlich an. 2016 war jeder Beschäftigte der Bundestagsverwaltung im Durchschnitt fast 23 Tage krankgeschrieben. Nach den bisherigen Zahlen in 2017 ist keine Entspannung zu erwarten. So waren im 1. und 3. Quartal überdurchschnittlich viele Mitarbeiter krank. Wir haben damit neue Spitzenwerte seit Erfassung der Krankheitszahlen. Im zweiten Quartal schaute es nicht viel besser aus. Es besteht also Handlungsbedarf.

Leider ist der Vergleich nicht so einfach, handelt es sich doch um ganz verschiedene Arbeitsbereiche, Arbeitszeiten und Arbeitsbelastungen. Wichtiger erscheint, sensibel mit den Krankheitszahlen umzugehen, die uns unsere neue Krankenstatistik aufweist. Vergleichsdaten müssen gesammelt und ausgewertet werden, das braucht Zeit und Geduld.

Im Moment ist es wichtig, dass sich alle Referate mit der neuen Krankheitsstatistik auseinandersetzen und

## Wie geht es weiter?

Seit Anfang 2017 wertet die Verwaltung diese Zahlen nun auch nach Referaten aus. Eine Hilfestellung, die wichtig ist. Daraus können wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden. Wo ist die Erkrankungsquote niedrig? Welche Faktoren haben darauf Einfluss? Wie entwickeln sich die Zahlen? Welche positiven Beispiele können hieraus gewonnen werden? Diese Fragen wollen Verwaltung und Personalrat weiter angehen.

Die Verwaltung unterstützt Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter indem sie neben Rücken- und Yogakursen sowie die „Aktive Minipause“, seit Herbst auch Pilates und Faszientraining anbietet. Ein Workshop, Check-ups und Vorträge zu dem Thema Herz-Kreislauf-Erkrankung werden demnächst folgen.

Es ist gut und lobenswert, dass unsere Verwaltung dieses wichtige Thema als Chefsache ansieht und wir gemeinsam Ideen entwickeln und an einem Strang ziehen.

keiner sich einfach wegduckt. Wir müssen ehrlich und unvoreingenommen überlegen, wie gesunde und motivierende Arbeitsbedingungen geschaffen bzw. erhalten werden. Um Lösungen und Verbesserungsmöglichkeiten zu realisieren, braucht es auch Vorschläge von allen Kolleginnen und Kollegen. Innovation und Offenheit ist zum Thema „Gesund in der Bundestagsverwaltung“ gefragt.

Bild Seite 4:

Dr. Wolfgang Schäuble  
Bundestagspräsident  
Bildquelle:  
Pressedienst CDU, Laurence Chaperon

Bild Mitte:  
Tim Reckmann\_pixelio.de

Kirsten Lühmann, MdB, SPD  
Polizeibeamtin  
Niedersachsen  
Wahlkreis 044: Celle – Uelzen

Quelle: bundestag.de

# Polizeiauto fahren Pfarrerin Dorfsheriff Frauen einheit

Das Gespräch führte  
Heiko Geiger

## Frau Lühmann, wieso sind Sie Polizistin geworden?

Das hat zwei Gründe: Der erste war, dass meine beiden Großväter – einer bei der Schutzpolizei und einer bei der Kriminalpolizei – beschäftigt waren. Für mich als Kind und Jugendliche war das total spannend, denn ich durfte in den Ferien oftmals im Polizeiauto mitfahren und habe so die Polizeiarbeit hautnah miterlebt. Das war alles sehr faszinierend und ereignisreich. Damals wurde noch der Begriff „Dorfsheriff“ geprägt und es gab die sogenannten Einzelposten. Sie müssen bedenken, dass war Anfang der 70er Jahre.

Der zweite Grund war, dass ich eigentlich Pfarrerin werden wollte und diesen Weg über die Ausbildung zur Pfarrdiakonin in Hamburg im Rauhen Haus einschlagen wollte. Gerade in diesem Jahr wurde die Ausbildung aus finanziellen Gründen eingestellt.

So habe ich dann meinen zweiten Wunsch verwirklicht und bin zur Polizei gekommen. Damals, 1983, gab es in Niedersachsen für 250 Frauen ein sogenanntes Pilotprojekt bei der Schutzpolizei im mittleren Polizeivollzugsdienst. Allerdings mit der Auflage, dass sich alle Frauen niemals für den gehobenen oder höheren Polizeidienst bewerben dürfen. Diese dienstliche Verfügung musste ich damals sogar unterschreiben. Das haben wir alle gemacht in dem Bewusstsein, dass diese Bedingung gegen das Grundgesetz verstieß. Tatsächlich wurde wenige Jahre später die erste Kollegin, die die Bedingungen erfüllte, zum Aufstiegslehrgang zugelassen.

## Unsere Leser\*innen interessieren sich sicherlich auch für das Thema Frauen und Polizei, damals und heute. Wie haben sich das Berufsbild und die Tätigkeit im Laufe der Zeit verändert?

Sie sprechen gerade eines meiner Lieblingsthemen an. Dazu muss ich dann allerdings etwas weiter ausholen, nämlich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Damals war der Polizeiberuf – die sogenannten "Polizeifürsorgerinnen" – für Frauen des Bürgertums der einzige "ehrbare" Beruf. Dann kam der 1. Weltkrieg und es wurden nach Ende des Krieges die ersten uniformierten Polizistinnen nach britischem Vorbild in Deutschland geschaffen. Das hatte insbesondere nachfolgende Gründe: Es gab erstens ein sehr großes Problem mit der Prostitution und der darum entstehenden Kriminalität und es gab auch zahlreiche Vergewaltigungen – sogar im Polizeigewahrsam.

1920 wurde dann in Deutschland in Köln von den britischen Besatzungstruppen die erste Fraueneinheit eingeführt. Diese Einheit hatte erstmals sogar Exekutivbefugnisse: sie durften Personalien feststellen und Platzverweise erteilen. Das müssen Sie sich mal vorstellen. Heute eine Selbstverständlichkeit, damals noch lange nicht, dass Frauen Männern einen Verweis erteilen!

Daher hat der damalige Oberbürgermeister von Köln das Projekt nach dem Abzug der britischen Soldaten sofort eingestellt – offiziell aus Geldmangel. Die Polizistinnen wurden dankbar in anderen Städten eingestellt, in Berlin, Stuttgart und Hamburg. Nach dem

Zweiten Weltkrieg gab es Frauen nur in der "weiblichen Kriminalpolizei".

Diese Polizistinnen waren dann ausschließlich für Frauen- und Jugendangelegenheiten zuständig. 1972 erfolgte deren Auflösung, die ersten gemischten Einheiten wurden gegründet. Frauen durften jetzt auch in anderen Bereichen der Kriminalpolizei tätig werden. An weibliche Vorgesetzte war zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht zu denken. Die allgemeine Auffassung war: Frauen können und dürfen keine Befehle erteilen! Es gab also keine weiblichen Vorbilder.

## Wie konnten Sie sich als eine der ersten Frauen innerhalb der Polizei durchsetzen?

Eingestellt wurde ich in der Besoldungsgruppe A 5. Nach der Ausbildung folgten die ersten Jahre im Schichtdienst. Als erste Frauen hatten wir es nicht leicht – von Ausgrenzung

über Diskriminierung („Der Kollege hat geheiratet und benötigt die Beförderung dringender, Sie haben ja noch das Gehalt Ihres Mannes.“) bis hin zu Kollegen, die mich hervorragend unterstützten, habe ich alles erlebt. In der Zwischenzeit habe ich geheiratet und mit meinem Mann 3 Kinder bekommen. Mit 33 Jahren und einer Androhung mit dem Verwaltungsgericht wurde ich dann zwei Tage vor dem Auswahlverfahren für den gehobenen Polizeidienst zugelassen. Das war pure Berechnung der damaligen Vorgesetzten, um einem drohenden Gerichtsverfahren aus dem Weg zu gehen. Eine Prüfungsvorbereitung von insgesamt zwei Tagen ist natürlich völlig unrealistisch und man hoffte einfach, dass ich dieses so hinnehmen werde und mit „Pauken und Trompeten“ durch die Prüfung falle. Auch diese sonderbare Vorgehensweise ließ ich mir nicht gefallen. Ich bestand darauf, am nächsten Auswahlverfahren teilzunehmen. Mit Erfolg. Meine

Bilder:  
links:  
SPD Pressedienst

rechts:  
Eingangsbereich Reichstag Ost  
Heiko Geiger



Geboren am 28. April 1964 in Oldenburg; verheiratet; drei Kinder.

Abitur; 1983 Dienstantritt als eine der ersten uniformierten Schutzpolizistinnen des Landes Niedersachsen im mittleren Dienst; 1999 bis 2002 Studium zum Aufstieg in den gehobenen Polizeidienst (Abschluss: Diplom-Verwaltungswirtin (FH)).

Stellvertretende Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Celle; Mitglied im Kreistag Celle, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende.

Seit 1983 Mitglied der DPoIG; seit 2007 stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion dbb; seit 2005 Vorsitzende des Ausschuss Chancengleichheit (FEMM) der European Confederation of Independent Trade Unions (CESI).

Vorsitzende des Vereins Berliner Republik e.V., Mitglied im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. und der AWO.

Mitglied des Bundestages seit 2009, Verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion seit 2014.

Erfahrungen zeigen, dass man nur mit Durchsetzungsvermögen, Konsequenz und Beharrlichkeit vieles erreichen kann. Man darf einfach keine Angst und nicht zu viel Bedenken haben. Ansonsten erreichen sie nichts und die vorhandenen Ungerechtigkeiten bleiben einfach bestehen.

Sie selbst Herr Geiger haben ja innerhalb der Bundestagsverwaltung ähnliche Erfahrungen gemacht. Sie haben mit Ausdauer, Konsequenz und Beharrlichkeit gezeigt, dass man eben nicht alle Ungerechtigkeiten hinnehmen muss. Gerade dann nicht, wenn Gespräche erfolglos verlaufen. Wenn alle anderen Wege nicht zum Ziel führen, dann müssen entsprechende Gerichtsverfahren angestrengt werden. Denn dafür leben wir in einem Rechtsstaat. Allerdings verwunderte es mich schon wie die Bundestagsverwaltung und die Leitung des Hauses mit der Thematik innerbetriebliche Umkleide- und Wegezeiten umgegangen sind, denn die Rechtslage war ja bereits durch das Bundesarbeitsgericht höchstrichterlich entschieden. Das gleiche Problem stellt sich nach meiner Kenntnis ja teilweise auch bei der Bundestagspolizei und nicht nur beim Einlasskontrolldienst (EKD). Hier sind einvernehmliche Lösungen gefragt und meines Erachtens nach keine langwierigen Gerichtsverfahren. Zumal der Deutsche Bundestag als gesetzgebendes Verfassungsorgan hier eine Vorbildfunktion hat.

**Ein wichtiges Thema: Die starren und unflexiblen Schichtzeiten, so auch bei der Bundestagspolizei. Welche Praxiserfahrungen haben Sie gemacht und welche wichtigen Tipps können Sie in diesem Zusammenhang den jeweiligen Vorgesetzten geben?**

Um es ganz offen zu sagen, solche starren und unflexiblen Modelle gehören der Vergangenheit an. Es gibt in der Zwischenzeit zahlreiche Möglichkeiten, Schichtpläne flexibler und vor allem auch ausgewogener zu gestalten. Die Dienststelle und die jeweiligen Vorgesetzten müssen es nur wollen und natürlich dann auch ganz konkret in die Praxis umsetzen. Das gilt für den Deutschen Bundestag genauso wie für jede andere Polizeidienststelle. Geht nicht gibt es nicht.

Bereits 2004 hat Nordrhein-Westfalen ein sogenanntes "Bedarfsorientiertes Schichtplanmanagement" eingeführt. Natürlich nicht ganz uneigennützig, denn somit konnte das vorhandene Personal effizienter eingesetzt werden. Ein solches flexibles Schichtmodell ermöglicht z. B. auch eine sinnvolle Personalplanung. Am Beispiel des Deutschen Bundestages möchte ich hierzu gerne ein konkretes Praxisbeispiel geben. Im Nachtdienst sind viel weniger Polizeibeamte nötig als in einer Sitzungswoche im Tagesdienst. Hinzu kommt, dass z. B. auf familiäre Belange wie Kinder, Pflege der Eltern usw. viel flexibler reagiert werden

kann als sonst. Bei Kolleginnen und Kollegen bei denen sich aufgrund des jahrelangen Schichtdienstes gesundheitliche Probleme entwickeln, kann besser und flexibler reagiert werden, wenn sie überwiegend im Tagesdienst eingesetzt werden können. So fallen dann auch die sogenannten Unterbringungsfälle weitestgehend weg. Sozialkontakte bleiben erhalten und können ausgebaut werden. Hierzu zähle ich insbesondere ehrenamtliches Engagement und Vereinsarbeit. Kein Verein hat etwas davon, wenn sie sagen: Aber wegen meiner starren Schichtdienstzeiten kann ich nur alle zwei bis drei Wochen mal vorbeikommen. Das wird in aller Regel schwierig und findet wenig Akzeptanz. Ähnlich sieht es im privaten Bereich aus. Insbesondere bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Kein\*e Ehepartner\*in ist davon begeistert, wenn das Familienleben dauerhaft auf der Strecke bleibt.

Und wie kann das funktionieren? Etwa sechs Wochen im voraus wird ein Kalender mit den jeweiligen individuellen Schichtstärken ausgehängt. Jeder und jede trägt sich ein, dort, wo noch Personal fehlt und mit der individuellen Wochenstundenzahl. So können Teilzeitkräfte gut integriert werden. Und durch die sogenannte soziale „Kontrolle“ im Kollegium ist auch sichergestellt, dass sich niemand andauernd von unliebsamen Diensten also Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienste, verabschiedet.

**Ein weiteres eher unliebsames Thema sind Beurteilungen und Statusamtsprofile. Viele Beurteilungen werden insbesondere bei einer kleinen Vergleichsgruppe als ungerecht und nicht objektiv genug angesehen.**

Genau hier setzt das "Bedarfsorientierte Schichtplanmanagement" an und setzt Ressourcen und Akzente frei. Das bedeutet nämlich, dass sich alle Dienstgruppenleiter\*innen und Stellvertretende bei der Beurteilung zusammensetzen müssen. Es wird dann der Gesamteindruck bewertet und eben gerade nicht ob ich mit dem einen oder jenem gut kann oder halt eben auch nicht. Beurteilungen sind nie ganz objektiv. Durch eine breite Diskussion lassen sich bereits im Vorfeld Ungerechtigkeiten weitestgehend vermeiden.

**Wieso engagieren Sie sich als Stellv. dbb Bundesvorsitzende und gewerkschaftspolitisch?**

Ein wichtiger Grund für mich ist, dass gute Arbeitsbedingungen nicht vom Himmel fallen. Sondern hier ist jede\*r Einzelne gefordert, sich aktiv einzubringen. Lohnerhöhungen, Erhalt der Beihilfe, gute Tarifverträge und eine gute Altersversorgung sind mir wichtig, um nur einige Punkte zu nennen. Weiter engagiere ich mich dafür, dass wir ein modernes Beamten- und Besoldungsrecht haben und dieses gerade für die Polizei erhalten bleibt.

Es darf hier keinesfalls weitere Verschlechterungen geben. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist mir der europaweite Austausch innerhalb der Polizei. Deshalb engagiere ich mich bei der Europäischen Union unabhängiger Gewerkschaften (CESI). Seit 2005 bin ich Vorsitzende im Ausschuss für Chancengleichheit (FEMM) und Mitglied der Fachkommission Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten.

**Seit 2009 sind Sie Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Was ist Ihnen in diesem Zusammenhang besonders wichtig?**

Hier lassen sich viele Projekte miteinander verknüpfen. So organisiere ich beispielsweise regelmäßig politische Frühstücke – denn frühstücken muss man ja sowieso. Ich stelle fachpolitische und gewerkschaftspolitische Kontakte her, zum Beispiel mit unserer Jugendorganisation oder der Frauenvertretung. Hier lassen sich viele inhaltliche Fragen fraktionsübergreifend besprechen und dann in die jeweiligen Ausschüsse einbringen. Das könnten wir auch einmal mit der VBOB Fachgruppe organisieren. Mir ist der ungefilterte und hierarchiefreie Austausch enorm wichtig, denn nur so erfahre ich wo der Schuh wirklich drückt und welche Probleme tatsächlich vorhanden sind.

**Wie stehen Sie zu einem Führungsstil Befehl und Gehorsam?**

Mit so einem Führungsstil – den ich selbst noch erlebt habe – verursachen sie als Vorgesetzter nur Frust, Demotivation und hohe Krankheitszahlen. Um es auf einen Nenner zu bringen: Das geht in der heutigen Zeit gar nicht mehr. Allerdings gibt es eine wichtige Ausnahmesituation wo es keine Diskussionen geben darf, nämlich im ganz konkreten Einsatz, also wenn Gefahr im Verzug ist.

**Pfefferspray und gute Ausrüstung für die Bundestagspolizei: Ja oder Nein?**

Herr Geiger, gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang bitte eine Rückfrage: Sie wollen jetzt nicht wirklich ernsthaft behaupten, dass die Kolleg\*innen der Bundestagspolizei kein Pfefferspray zur Verfügung haben oder?

**Doch Frau Lühmann das ist tatsächlich so, sie haben eine Dienstwaffe aber kein Pfefferspray.**

Das kann ich jetzt ja fast nicht glauben. Bei einer Eskalation müssen immer die Mittel der Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben. Deshalb kann es eben nicht sein, dass bei einem eventuellen Einsatz gleich die Dienstwaffe zum Einsatz kommt, wenn noch andere „mildere“ Mittel zur Verfügung stehen. Gerade am Besuchereingang PRT-West oder beim nächtlichen Bestreifen sind solche Hilfsmittel unverzichtbar. Es ist mir deshalb un-

verständlich, dass der Dienstherr im Rahmen der Fürsorgepflicht hier keine schnelle Abhilfe schafft. Nur damit ich in diesem Zusammenhang nicht missverstanden werde, sicherlich will ich keine Bundestagspolizei, die bis unter die Zähne mit Schlagstock usw. „aufgerüstet“ ist, allerdings auch keine die, unzureichend ausgestattet ist.

**Oftmals herrscht für die tägliche Arbeit der Bundestagspolizei und des EKD kein ausreichendes Verständnis vor. Das fängt bei Besuchern an, geht über Mitarbeiter\*innen der Fraktionen und Bundestagsverwaltung weiter und hört bei einzelnen Bundestagsabgeordneten auf. Wo sehen Sie hier ganz konkrete Möglichkeiten, dass die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen auf eine breitere Akzeptanz stoßen?**

Zunächst möchte ich ein großes Lob sowie meine ganz persönliche Anerkennung und Wertschätzung zum Ausdruck bringen. Das Parlament wäre ohne die Bundestagspolizei und den EKD absolut nicht arbeitsfähig. Jede\*r sollte sich das vor Augen führen, denn die Sicherheit im Bundestag kann nur gewährt werden, wenn sich alle an die entsprechenden Regeln halten. Mir selbst ist bereits auch das ein oder andere Mal aufgefallen, wie Kollegen\*innen reagieren, wenn sie angesprochen werden und sich dann gegenüber dem Sicherheitspersonal ausweisen sollen. Hier möchte ich ganz klar und deutlich zum Ausdruck bringen, dass ich selbst keinerlei Probleme damit habe meinen Ausweis vorzuzeigen oder zu warten, bis meine Angaben anhand des Kürschners überprüft wurden.

**Die Bundestagsverwaltung ist im Vergleich zu den anderen obersten Bundesbehörden Spitzenreiter bei den Krankheitstagen. Es gab bereits mehrere halberzige Maßnahmen, wie z. B. in einzelnen Referaten eine Untersuchung der Unfallkasse des Bundes, moderierte Gespräche, Gesundheitszirkel und eine „Verschärfung“ des Fehlzeitenmanagements. Allerdings mit recht wenig Erfolg.**



Bilder: oben: Privat Kirsten Lühmann  
vorherige Seite: Eingangsbereich Reichstag Ost Heiko Geiger

Hier ist zunächst eine konsequente und unabhängige Ursachenforschung nötig. Die Dienststelle ist in der Pflicht die Probleme zügig abzustellen, denn ansonsten verstößt sie wiederum gegen die Fürsorgepflicht. Meines Erachtens nach sollte hier das neu gewählte Präsidium Gespräche mit den einzelnen Interessenvertretungen suchen und sich schnell auf ein Verfahrenskonzept einigen. Je länger solche Dinge im Raum stehen und nicht angepackt werden umso schlimmer ist über Jahre hinweg die Gesamtentwicklung. An dieser Stelle sehe ich sehr großen Handlungsbedarf, um dann vordringlich und längerfristig eine Reduzierung der hohen Krankheitstage zu erreichen.

Wegducken hilft keinem, denn ein altes Sprichwort sagt bereits: Der Fisch stinkt vom Kopf her. Gerne bin ich bereit, Sie in diesem wichtigen Anliegen durch Kontaktvermittlung oder anderweitig nachhaltig zu unterstützen, denn oftmals mangelt es bereits schon an einer offenen und ehrlichen Führungskultur.

**Wie verbringen Sie die sicherlich wenige Freizeit?**

Meine Freizeit ist tatsächlich knapp. Am liebsten kümmere ich mich dann um meine sechs Enkelkinder. Gerne gehe ich joggen, kümmere mich um unsere Hühner oder genieße einfach die Gartenarbeit. Kochen und lesen bereiten mir auch große Freude.

**Eine obligatorische Frage zum Schluss. Was würden Sie verändern, wenn Sie einen Tag Präsidentin des Deutschen Bundestages wären?**

(Lacht) und antwortet spontan darauf, dass hierfür ein Tag gar nicht ausreichen würde. Als erstes würde ich als Bundestagspräsidentin unangemeldet die Leitstelle im Reichstagsgebäude aufsuchen, um mir dann vor Ort ein Bild zu machen und mit den Kollegen\*innen reden. Denn die direkte Kommunikation, das Zuhören und nach Lösungen für Probleme suchen ist das Wichtigste. Unnötige Hierarchien sind an dieser Stelle eher hinderlich.

**Frau Lühmann, wir danken Ihnen für das angenehme und authentische Gespräch.**



In Bilderdienst des Bundestages sind die letzten Bilder zum Thema Auszubildende von 2011: Absolventen, Gäste, Zuschauer

Bild: Deutscher Bundestag/ideazone/Yvonne Fischer

## Zwischenruf

### Ausbildung gut - Übernahme noch nicht

Die Übernahme nach der Ausbildung ist ein Thema, das nicht grundlos schon unzählige Male diskutiert wurde und immer noch diskutiert wird. Zu Recht!? Nach Bestehen der Abschlussprüfung stehen viele Auszubildende vor der Frage: Wie geht es jetzt weiter? Sehr viele erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen würden gerne weiterhin in der ausbildenden Behörde bleiben. Wen betrifft das konkret in der Bundestagsverwaltung? Ich habe die Ausbildung im Sommer 2015 zusammen mit neun Kolleginnen und Kollegen in den Büroberufen angefangen. Das kann allerdings unterschiedlich sein, so sind es dieses Jahr über 15 Lehrlinge gewesen.

Wir werden uns schon bald fragen müssen, wie es weiter geht. Sicher ist uns bei entsprechender Abschlussnote ein Anschlussvertrag von 9-15 Monaten. Während dieser Zeit können wir uns auf ausgeschriebene Stellen bewerben. Ungewiss ist, ob wir eine freie Stelle besetzen können und ob diese befristet oder unbefristet sein wird. Ich und viele andere würden überaus gerne auch nach der Ausbildung im Bundestag arbeiten und das dauerhaft. Ich finde es schade, Kraft und Ehrgeiz zu investieren, wenn dem nicht in Form einer gerechten Übernahmepolitik der Verantwortlichen Rechnung getragen wird.

Ich möchte nun auf die geltenden Übernahmekonditionen eingehen, welche von der JAV mühselig über einen langen Zeitraum erstritten wurden. Die Verwaltung entwickelte einen Schlüssel, um eine Übernahmenote zu ermitteln, die ausschlaggebend für die Dauer des Anschlussvertrages ist. Sie ergibt sich aus allen theoretischen und praktischen Leistungen der Azubis.

Ein 15-monatiger Vertrag wird bei der Note 1 aufgesetzt, bei Note 2 ist es ein 12-monatiger Vertrag und bei der Note 3 wird der Vertrag über 9 Monate abgeschlossen. Sollte die Berechnung eine 4 oder schlechter ergeben, ist ein Anschlussvertrag nicht mehr möglich. Ich bin froh, dass mit dieser übertariflichen Regelung ein Schritt in die richtige Richtung gemacht wurde.

Dennoch gehe ich einen Schritt weiter. Für die Leistungsträger eines Jahrgangs (Note 1 und 2) sollte eine unbefristete Übernahme garantiert sein. Ich bin gegen die praktizierte Stafelung und möchte, dass nach dem Prinzip der Bestenauslese all jenen faire Entwicklungsmöglichkeiten und berufliche Sicherheit sowie Planungssouveränität für das weitere Leben geboten wird, die es verdient haben. Im Ausbildungskonzept der Verwaltung des Deutschen Bundestages heißt es, der Bundestag bildet jährlich so viele

aus, wie nötig sind, um den Personalbedarf wegen bspw. Ausscheidens einiger Beschäftigter, gerecht zu werden. Ich finde es sehr wichtig, dass die Verwaltung daran festhält, denn ein guter Azubi muss nach der Ausbildung berufliche Erfahrung sammeln können.

Natürlich liegt diese Angelegenheit auch im Interesse unserer Dienststelle, da auf lange Sicht Personal benötigt wird, das mit den Strukturen, Besonderheiten und Eigenarten der Parlamentsverwaltung vertraut ist. Außerdem erhöht es die Motivation der Azubis, in ihrer künftigen Verwendung, als starke Persönlichkeit aufzutreten, selbstsicher zu handeln sowie tatkräftig, erfolgsorientiert und mit Optimismus an die Aufgaben heranzugehen, um ihren persönlichen Beitrag gegenüber dem Dienstherrn zu leisten.

So ginge es auch mir, ich bin ein engagierter und leistungsbereiter Azubi im dritten Lehrjahr und arbeite gerne und leidenschaftlich für den Deutschen Bundestag, von dem ich mir wünsche, eine solche Einstellung mit einer unbefristeten Übernahme zu würdigen.



# London

## nicht nur Piccadilly Circus

Mein Name ist Robin Beyer, ich bin 19 Jahre alt und mache eine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten in der Verwaltung des Deutschen Bundestages. Im Rahmen eines Erasmus-Programmes, welches an meiner Berufsschule, dem OSZ Louise-Schroeder, angeboten wird, hatte ich die einzigartige Möglichkeit, über den Sommer für sieben Wochen in London zu leben und zu arbeiten.

Dank viel Unterstützung durch das trainee Europe-Team meiner Berufs-

schule waren die Formalitäten vorab schnell abgewickelt und nach langer Suche fand ich eine Praktikumsstelle im European College of Business and Management (ECBM).

Anfang Juli machte ich mich auf die Reise und erreichte das hochsommerliche London. Voll bepackt mit Sachen für zwei Monate war ich auf dem Weg nach Balham, im Süden der Großstadt. Ich lebte in einer Gastfamilie, die mich in ihrem sehr großen viktorianischen Haus herzlich Willkommen

hieß. Ich kannte London schon durch vorherige Besuche, aber die Stadt ist viel zu groß, impulsiv und besonders, als dass man sich so einfach zurechtfindet, so nutzte ich die ersten Tage um mich einzugewöhnen.

Glücklicherweise fand am ersten Wochenende die London Pride - die Demonstration für Rechte Schwuler und Lesben - statt, welche ich mit Freunden aus Deutschland besuchte. Es war einzigartig und hat uns gezeigt, wie ausgefallen, unterschiedlich aber



gleichzeitig so bewundernswert die größte Stadt Europas ist.

In der darauffolgenden Woche war es soweit und ich begann zu arbeiten. Meine Erwartungen an das College waren völlig anders als die Realität.

Es gab nur circa 20 Angestellte, das Gebäude war für eine Hochschule sehr klein und alt. Ich wurde dem Kollegium vorgestellt und in allgemeine Abläufe und Aufgaben des Geschäftslebens eingewiesen. Es gab sogar mehrere deutsche Praktikanten und Angestellte, untereinander mussten wir trotzdem Englisch sprechen, aber das war ja auch der Sinn dieses Praktikums.

Die Aufgaben, die mir als "work placement student" gegeben wurden bestanden im Großen und Ganzen darin, die Arbeits- und Lehrfähigkeit des Colleges aufrechtzuerhalten; sei es durch administrative Aufgaben, wie das Pflegen von Tabellen und Datenbanken mit studentenbezogenen Informationen, das Vorbereiten von Unterrichtsmaterial der Dozenten oder der Informationsaustausch mit der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer, der das ECBM untergeordnet ist.

Dank des familiären Umgangs der Kolleginnen und Kollegen untereinander und einer ausgeprägten Kommunikationskultur habe ich schon nach der ersten Woche nennenswerte Verbes-

serungen der englischen Sprache feststellen können.

Nachdem ich fast zwei Monate in Großbritannien gelebt habe, muss ich sagen, dass mir das Praktikum in Sachen berufliche Fähigkeiten eher weniger gebracht hat, da die Aufgaben keinesfalls mit denen aus Berlin zu vergleichen sind. Allerdings konnte ich meine Persönlichkeit und meine sozialen Fähigkeiten sehr weiterentwickeln. Es ist einfach etwas anderes, mit Menschen einer anderen Kultur und Mentalität in Kontakt zu treten, Freundschaften aufzubauen und Ihnen mit Wertschätzung in verschiedenen Bereichen des Lebens gegenüberzutreten.

So waren die Wochenenden sehr ereignisreich, ich lernte nicht nur das touristische London kennen, sondern auch die Art und Weise, wie Engländer sich von einer stressigen Arbeitswoche erholen oder den Feierabend genießen. Durch all dies konnte ich besonders meine interkulturellen Kompetenzen verbessern.

Ich habe die Zeit sehr genossen, die Wochen vergingen so schnell und dabei gibt es viel zu viele tolle Orte, die man sich angucken kann. Ich werde die Stadt vermissen, aber auf jeden Fall bald wiederkommen! Einen Auslandsaufenthalt kann ich nur empfehlen.



### Praktikum für Bundestags-Azubis

Bild Seite 12 und Bilder oben: London Image Library

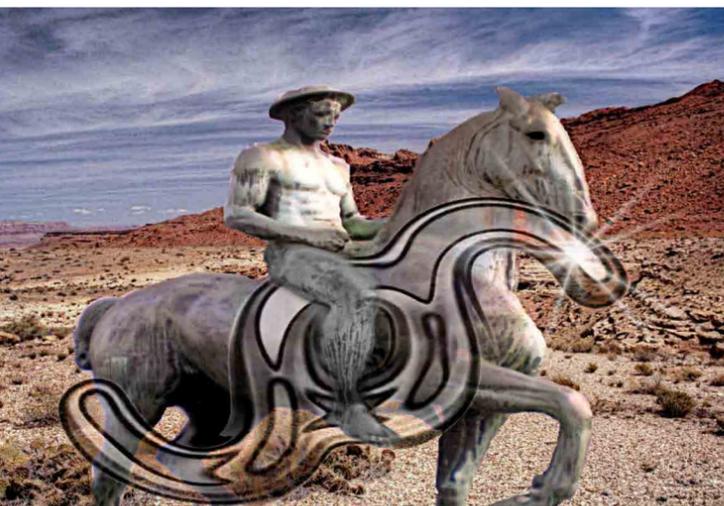
Bild Mitte: Robin Beyer privat

# Bezügemitteilung 2.0

## Kennst Du das auch

Da las ich doch im letzten **Zwischenruf** den Artikel „Der Verwaltung unter den Schreibtisch geschaut – Die Gehaltsmitteilung, ein Zettel mit sieben Siegeln?“. Nun bin ich nicht aus der Entgeltzahlung herausgefallen, aber verstehen tue ich meine „Bezügemitteilung“ auch nur schwer – oder manchmal auch gar nicht.

Abgesehen davon, dass wechselnde Bestandteile erst zwei Monate später erscheinen – einen Monat könnte man ja noch nachvollziehen – sind diese dann aber auch noch mit vielen Spezialitäten garniert: Oh ja, da brauchst du Geduld und Spucke, wie der Berliner sagt, sich da durch zu finden.



Ein Beispiel: in einem Monat fallen Sonntagsarbeit, Nachtzuschläge, Feiertagsaufschläge, Samstagstunden, Urlaub und womöglich noch ein Krankheitstag an. Uff. Das ist für die Erstellung der erforderlichen Daten schon eine Herausforderung. Von wann bis wann war die Person im Dienst, welche Pausenzeit muss wann abgezogen werden, waren die Stunden in der Nacht vor 24:00 h oder

danach, womöglich von Samstag auf Sonntag...

Wenn die Daten dann erfasst und die erste Auswertung erfolgt ist, werden diese weitergereicht und noch einmal manuell erfasst. Sie sagen jetzt vielleicht Beschäftigungstherapien? Wie war das mit der Digitalisierung 4.0? Ach, da gibt es das „Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum in Berlin“? Das ist ja nur was für den Mittelstand, vielleicht noch für die Industrie. Aber im Öffentlichen Dienst? Da bleibt Deutschland noch etwas Zeit für Neuland.

Gut, also die Daten sind zum zweiten Mal manuell, richtig schön per Hand erfasst, sprich am PC eingetippt. Anschließend werden sie ausgedruckt und – man glaubt es kaum – per Post ins Rechenzentrum geschickt und wieder manuell erfasst!

Früher musste dafür immer der Fahrdienst nach Bonn fahren und einen Datenträger überbringen, kostete ja nichts, ein Fahrer saß ja sowieso rum – und Wirtschaftlichkeit ist eh ein Fremdwort in der Verwaltung. Aber Geschichte.

Dort dauert es eine Woche bis die Daten verarbeitet werden und ein Ausdruck der „Bezügemitteilung“ erstellt ist. Dann geht's, ausgedruckt und für jeden einzeln verpackt zurück an die

beauftragte Stelle, ZV. Hier wird wieder manuell verteilt. Jedes Referat bekommt für seine Mitarbeiter den entsprechenden Stoß an Briefen. Die werden dann wieder manuell verteilt und, wie bei uns, jedem in sein „Postfach“ gelegt. Dass das alles nicht von heute auf morgen geht, versteht sich von selbst. Und in der Kette darf auch kein Glied krank werden, dann passiert das Chaos.

Einfacher und auch kostengünstiger wäre es – aber Wirtschaftlichkeit und Bundestag schließen sich ja per se aus –, die Bezügemitteilungen vom Dienstleister direkt versenden zu lassen, die Privatadressen stehen ja schon drauf. Man hätte die Post um Tage oder Wochen früher und die Kollegen könnten sinnvollere Aufgaben übernehmen, als die „Christel von der Post“ zu spielen.

Also, nun habe ich meine Abrechnung und stelle fest, hoppala, da ist ja ein Fehler drin. Oh je, das ganze Prozedere wieder aufs Neue. Korrekturzeit, wenn's gut geht, wieder zwei Monate, dann ist es aber schon flott. Vorausgesetzt ich habe den Brief gleich erhalten, öffnen und meinen Anspruch vortragen können. Was ist, wenn ich selbst mal krank oder auf Dienstreise bin, den Brief erst Tage später erhalte? Pech gehabt, Termin verpasst, es gibt nur ein kleines Zeitfenster, um Daten zu transferieren. Also noch einen Monat weiter warten.

Und dann, die Abrechnung liegt vor und du siehst z. B.: *Nicht auszahlungsrelevant, ZVST-Hinz-Betrag, lfd., L* oder *ZV SV-Hinz-Betrag, lfd., S*, jeweils mit einem Wert. Wo kommt der her und was will mir der Hinz-Betrag sagen? Was passiert hier im Hintergrund? Wo taucht der Betrag wieder auf?

Bild Seite 14:  
Wolfgang Pfensig

Bilder Seite 15, v.l.n.r.:  
Karl-Heinz Laube, Petra Bork und Grey59, alle pixelio.de

Aber es gab ja bei der Umstellung auf einen anderen Dienstleister, das „Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit seinem Kompetenzzentrum für Personalverwaltung und Systemsteuerung“, für die Zahlung von Gehältern zum Jahreswechsel 2016 eine Musterseite und auch eine Gebrauchsanweisung. Mittlerweile noch ergänzt durch ein Hausrundsreiben zur „Verwendung von Schlüsselzahlen für Zeitzuschläge an Sonn- und Feiertagen“, einschließlich für die „Vorfesttage“ als eigener Absatz. Wahrscheinlich gibt es noch eine Reihe Verordnungen, Hilfsmittel, Tabellen, Gesetze und tarifliche Bestimmungen, die eine Gehaltsabrechnung erschweren statt zu vereinfachen.



Ich habe meine liebe Not zu erkennen, ist es nun eine Berechnung für vor 24:00 h oder nach 0:00 h oder gibt es Samstagzuschläge und ja wie viele, oder gibt es eine irgendwie noch bestehende Begrenzung und ja warum und in welcher Höhe und warum darf ich das Ganze nicht nachvollziehen?

Gott, das Leben könne so einfach sein, lass doch die digitale Welt greifen und uns alle mitnehmen in mehr Verständnis und mehr Lebenszeit – und weniger und leichte, nachvollziehbare Abrechnungen und Kontrolle.

Völlig lösgelöst?  
WLAN für die  
Verwaltung

Es ist schon praktisch, wenn man sich in der Öffentlichkeit per WLAN über Hotspots in das Internet einloggen kann. Schnelle Verbindungen und kostenfrei – das sind hier die Entscheidungskriterien der Nutzer – auch wenn die Sicherheit etwas hinterherhinkt.

In der Hausmitteilung 219/2017 wird nun mitgeteilt, dass auch der Deutsche Bundestag ein WLAN aufgebaut hat und ab dem 28. September 2017 anbietet. Um teilnehmen zu können, muss eine Zertifizierung des Smartphones erfolgen. Dies soll demnächst auch für Gastzugänge gelten.

Und das alles unter dem Sicherheitschirm des Deutschen Bundestages! Das haben sich auch ein Mitarbeiter\*innen der Verwaltung gedacht. Schnell, kostenfrei und Sicher – ein Angebot, das man annehmen muss.

Auch die ergänzenden Erläuterungen auf den IT-Service-Seiten des Intranets ließen nichts anderes vermuten, so dass schnell die ersten Anträge auf Nutzung bei der Verwaltung eingingen.

Leider wurden die Anträge abgelehnt, mit dem Hinweis, dass das Angebot nur für den Abgeordnetenbereich vorgesehen sei.

Was aber sind Gastzugänge und wer darf sie nutzen? Die Verwaltung blieb bisher eine Antwort schuldig.

Wir werden auf eine Antwort drängen und uns auch für eine Nutzung außerhalb des Abgeordnetenbereichs einsetzen.

BUNDESTAGSGEBÄUDE NACH ZWEI  
"MÜTTERN DES GRUNDGESETZES" BENANNT

# GEBÄUDE UMBENANNT

INTERNE KOMMUNIKATION  
MISSLUNGEN

[www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2017/pm-170522-umbenennung/507962](http://www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2017/pm-170522-umbenennung/507962)  
[www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw34-weber-selbert/515162](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw34-weber-selbert/515162)

Bilder rechte Seite:

Matthias Erzberger (Z) (1875-1921)  
Bild: Wikiscoure - Bundesarchiv\_Bild\_146-1989-072-16

Otto Wels (SPD) (1873-1939)  
Bild: Wikipedia.de

Elisabeth Selbert (SPD) (1896-1986)  
Bild: selbert-elisabeth\_foto\_1987-1-32-0147\_hdg

Helene Weber (CDU) (1881-1962)  
1959 im Gespräch mit Bundespräsident Theodor Heuss  
Bild: Bundesarchiv B 145 Bild-Foo6445-0024

Bilder der Liegenschaften:  
Manfred W. Wiegers

Manchmal sind es nur sehr dürre Worte, die uns Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung des Deutschen Bundestages gelten. Klar, interne Kommunikation ist nicht einfach und unser ehemaliger Präsident war ohnehin der Meinung, das laufe über den Dienstweg schon gut. Im August dieses Jahres konnten wir wieder mal ein Beispiel für gelungene Information erleben.

Immerhin gab es dafür eine eigene Hausmitteilung Nr. 198/2017. Unter dem Titel „Namensgebung von Liegenschaften“ wurde über den großen Verteiler Folgendes bekanntgeben:

„Nach Beratungen im Ältestenrat werden Liegenschaften des Deutschen Bundestages wie folgt benannt:

- Unter den Linden 50 Otto-Wels-Haus
- Unter den Linden 71 Matthias-Erzberger-Haus
- Unter den Linden 62-68 Elisabeth-Selbert-Haus
- Dorotheenstraße 88 Helene-Weber-Haus“

Das war's schon. Offensichtlich gingen die Verfasser der Hausmitteilung davon aus, dass wir die Namensgeber\*innen alle kennen. Oder aber, das war gerade nicht beachtenswert. Auch der Anlass dazu bleibt im Dunkeln.

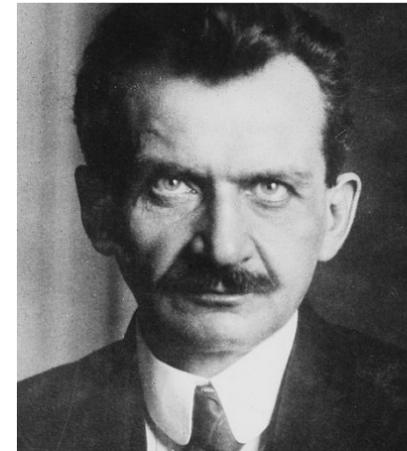
Der Zwischenruf hat nun zusammen mit interessierten Kollegen\*innen recherchiert und herausgefunden, dass jedenfalls der parlamentarische Proporz eingehalten wurde. Otto Wels und Elisabeth Selbert waren SPD-Mitglieder, Matthias Erzberger und Helene Weber gehörten der Vorgängerpartei der CDU an. Außerdem achtete der Ältestenrat auch auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, da die vier Häuser hälftig auf weibliche und männliche Namensgeber aufgeteilt wurden.

Die Beschlüsse waren zum Zeitpunkt der Hausmitteilung vom 29. August 2017 schon 5 bzw. 3 Monate alt. Denn bereits am 23. März bzw. 23. Mai 2017 standen die Entscheidungen fest. Sie waren dann als Pressemitteilung veröffentlicht. Hier gab es auch Erklärungen zu den Personen und deren besonderem Wirken.

Das, was der Presse im Frühjahr dazu gesagt wurde, war für die eigenen Beschäftigten des Hauses offenbar jedoch nicht so wichtig. Und es hatte alles viel mehr Zeit.

Trotzdem fehlt jetzt immer noch eine wichtige Information: Wie werden die umbenannten Häuser abgekürzt? Bei den anderen Gebäuden ist das geregelt. Auch dazu schweigt die Hausmitteilung. Für das Gebäude Unter den Linden 62-68 also ESH, somit Elisabeth-Selbert-Haus? Und was, wenn die Liegenschaft in Kürze abgerissen wird? Die allgemeine Genehmigung dafür liegt ja schon vor. Gibt es dann ESH I und ESH II?

Es lohnt sich also weiterhin die Hausmitteilungen genau zu studieren!



Das Ministerium für Volksbildung residierte einst in dem 1961 erbauten Stahlbeton-Skelettbau, der mit industriell vorgefertigten Montageelementen eine nüchterne Rasterfassade erhielt. Nach dem Fall der Mauer war es eines der ersten Gebäude im Umfeld des Brandenburger Tores, das der Deutsche Bundestag bereits von 1993 bis 1994 sanieren ließ. GehmannConsult GmbH + Partner haben in einem zurückhaltend neoklassizistischen Stil einfühlsam auf die angrenzenden historischen Nachbarbauten reagiert.

Seit dem 23. März 2017 ist das Gebäude nach dem Politiker Matthias Erzberger (1875 - 1921) von der Deutschen Zentrumspartei benannt. Matthias Erzberger unterzeichnete 1918 das Waffenstillstandsabkommen von Compiègne und setzte in den Folgejahren als Reichsminister der Finanzen eine der bedeutendsten Finanzreformen durch. Im Jahre 1921 wurde er von Attentätern einer rechtsterroristischen Organisation ermordet.



Die 1881 geborene Helene Weber war Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, des Reichstages und eine der wenigen Abgeordneten der Zentrumspartei, die sich in ihrer Fraktion bis zuletzt dafür einsetzte, Hitlers Ermächtigungsgesetz zu verhindern.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie als CDU-Vertreterin in den Parlamentarischen Rat gewählt und war dort eine der Frauen, die an der Entstehung des Grundgesetzes beteiligt waren. Sie war von 1949 bis zu ihrem Tod im Jahr 1962 Mitglied des Deutschen Bundestages.



Heute vor 84 Jahren – am 23.03.1933 – begründete der damalige SPD-Parteivorsitzende Otto Wels für die gesamte SPD-Fraktion in einer mutigen Rede vor dem Deutschen Reichstag die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes der Nationalsozialisten:

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. [...] Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten“.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmte als einzige Partei gegen das Gesetz.



Eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“ war auch die 1896 geborene Elisabeth Selbert. Die Juristin und Sozialdemokratin schaffte es gegen den Willen der Nationalsozialisten als Anwältin am Oberlandesgericht Berlin zugelassen zu werden, nachdem sie 1933 erfolglos für den Reichstag kandidiert hatte.

Sie war es, die als Mitglied des Parlamentarischen Rates 1949 den Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ nach mehreren gescheiterten Abstimmungen im Grundgesetz durchsetzte. Die 1986 verstorbene Elisabeth Selbert war nach dem Zweiten Weltkrieg in drei Legislaturperioden Mitglied des Hessischen Landtages.



# Der Verwaltung unter den Schreibtisch geschaut

Vor kurzem – Verhandlungen über eine Dienstvereinbarung für den Einlasskontrolldienst (EKD) – verfügte ein kluger und fleißiger Referent die Verfügung 001/2017 im EKD. Es handelte sich hierbei um Verhaltensregeln, wann das Essen und Trinken an den einzelnen Eingängen zu den Parlamentsgebäuden gestattet ist und wann eben nicht.

Das Regelwerk umfasste sage und schreibe eine ganze DIN A 4-Seite. Darin war unter anderem nachfolgendes geregelt:

- Keine sichtbare Nahrungsaufnahme. Dienstliche Belange dürfen durch die Verpflegungsaufnahme nicht vernachlässigt werden. Das Essen und Trinken ist bei Publikumsverkehr sofort zu unterbrechen.
- Die Verpflegungsaufnahme ist unverzüglich zu unterbrechen, wenn die sachgerechte Durchführung der Dienstgeschäfte dies erfordert.
- Auf Verunreinigungen ist zu achten. Diese sind eigenständig und vollständig zu beseitigen. Verpackungsmaterialien sind außerhalb der Pfortenloge zu entsorgen. Weiterhin sind Geruchsbelästigungen auf ein Minimum zu beschränken.

Das Ganze geschah zunächst ohne Beteiligung und natürlich auch ohne die erforderliche Zustimmung des Personalrates, obwohl es sich hierbei eindeutig um Angelegenheiten zur Ordnung der Dienststelle handelt. Die Verfügung wurde den Beschäftigten im Rahmen von Dienstversammlungen zugänglich gemacht und verteilt. Es entstand großer Unmut und man fragte sich allen Ernstes, ob es solche schriftlichen „Verhaltenstipps“ in anderen Bereichen unserer Verwaltung auch gibt. Der Unmut war nachvollziehbar, denn die allermeisten Kolleginnen und Kollegen wissen ganz genau wie sich am Arbeitsplatz – insbesondere mit Publikumsverkehr – zu verhalten haben.

Liebe Bundestagsverwaltung, wir alle sollten es mit den vorhandenen Regeln ernst nehmen. Allerdings bedarf es in diesem Zusammenhang gerade keiner Bevormundung, auch wenn es den einfachen Dienst betrifft. Oftmals reichen bei entsprechenden Auffälligkeiten ein dezenter Hinweis oder das persönliche Gespräch aus.



Bild oben: thinkstockphotos.de

Bild Mitte: Marco Schlüter\_pixelio.de

Alles nahm ein gutes Ende, denn zu guter Letzt hatte der zuständige Referatsleiter das nötige Vertrauen und Fingerspitzengefühl in seine Mitarbeiter\*innen und sicherte nach Gesprächen eine Kürzung der Regeln zu. Diese werden jetzt im Rahmen einer Überarbeitung in die Dienstanweisung für den EKD aufgenommen und abschließend dem Personalrat zur Zustimmung vorgelegt. Ende gut, fast alles gut. Vielleicht, man weiß ja bei unserer Verwaltung nie.



Haben Sie sich schon mal gefragt, warum Sie Mitglied im VBOB werden sollten? Fragen Sie sich doch einfach, wo heute die Angehörigen des öffentlichen Dienstes mit ihren Bezügen/Gehältern, mit Urlaubsanspruch und vielem mehr ohne die Interessenvertretungen wären.

Nur mit Ihrer Bereitschaft sich zu solidarisieren und zu organisieren, können wir Ihre und unsere Interessen gemeinsam durchsetzen. Mitglied in einer Interessenvertretung zu sein, halten viele dennoch nach wie vor für überflüssig. Wie wollen Sie jedoch, wenn Sie unzufrieden mit dem Bestehenden sind, sich als einzelner Beschäftigter dagegen zur Wehr setzen? Die Stimme des Einzelnen wird leicht überhört. Die einer starken Gemeinschaft nicht. Je mehr Beschäftigte sich solidarisieren und organisieren, umso höher ist die Durchsetzungskraft des VBOB und somit seiner Mitglieder.

Vorteile einer Mitgliedschaft sind:

- Rechtsschutz und Rechtsberatung
- Diensthauptpflichtversicherung
- Mitgliederzeitschrift "VBOB Magazin"
- Freizeitunfallversicherung
- Auslandsreise-Krankenversicherung (optional)
- VBOB Publikationen

Und dies alles bei kleinen Beiträgen!

Sprechen Sie uns an:

**Oliver Trampler (-32044)**  
Vorsitzender der Fachgruppe des VBOB im Bundestag und stv. Vorsitzender im Personalrat  
**Gustav Schlüter (-32645)**  
Stv. Vorsitzender der Fachgruppe des VBOB im Bundestag und Personalratsmitglied



# Mitglied beim VBOB werden?

## Ja, na klar!

### VBOB - Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied werden im Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden e.V. im dbb beamtenbund und tarifunion (VBOB)

ab (Monat/Jahr) \_\_\_\_\_

Ich war Mitglied in der Gewerkschaft \_\_\_\_\_

von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

#### Werberin / Werber

Name, Vorname \_\_\_\_\_

#### Persönliche Daten

Name \_\_\_\_\_ Geb. am \_\_\_\_\_

Vorname/Titel \_\_\_\_\_ Geschlecht  weiblich  männlich

Straße/Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_

Beamtin/Beamter  Tarifbeschäftigte/r  in Ausbildung  im Ruhestand

#### Beschäftigungsdaten:

Dienststelle/Pensionsregelungsbehörde \_\_\_\_\_

Dienststellenanschrift \_\_\_\_\_

Amts- bzw. Dienstbezeichnung \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_

Besoldungs-/Entgeltgruppe \_\_\_\_\_ Teilzeitbeschäftigung bis 50 Prozent

#### Beitragseinbehalt

Wenn Sie Ihre Bezüge über das BADV erhalten, wird der Mitgliedsbeitrag monatlich von Ihren Bezügen einbehalten. Tragen Sie bitte Ihre Kenn-Nr. ein.

Nummer der Behörde (3-stellig)    Personal-Nr. (8-stellig)

#### SEPA-Lastschriftmandat

Wenn Sie Ihre Bezüge **nicht** über das BADV erhalten, wird der Mitgliedsbeitrag mittels Lastschrift eingezogen. Bitte füllen Sie dafür das SEPA-Lastschriftmandat aus.

Gläubiger-Identifikationsnummer des VBOB: DE60ZZ00000671099

Mandatsreferenz (wird im Kontoauszug ausgedruckt): VBOB < sowie Ihre 5-stellige Mitgliedsnummer >

Ich ermächtige den VBOB, meine Mitgliedsbeiträge von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.

monatlich  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich

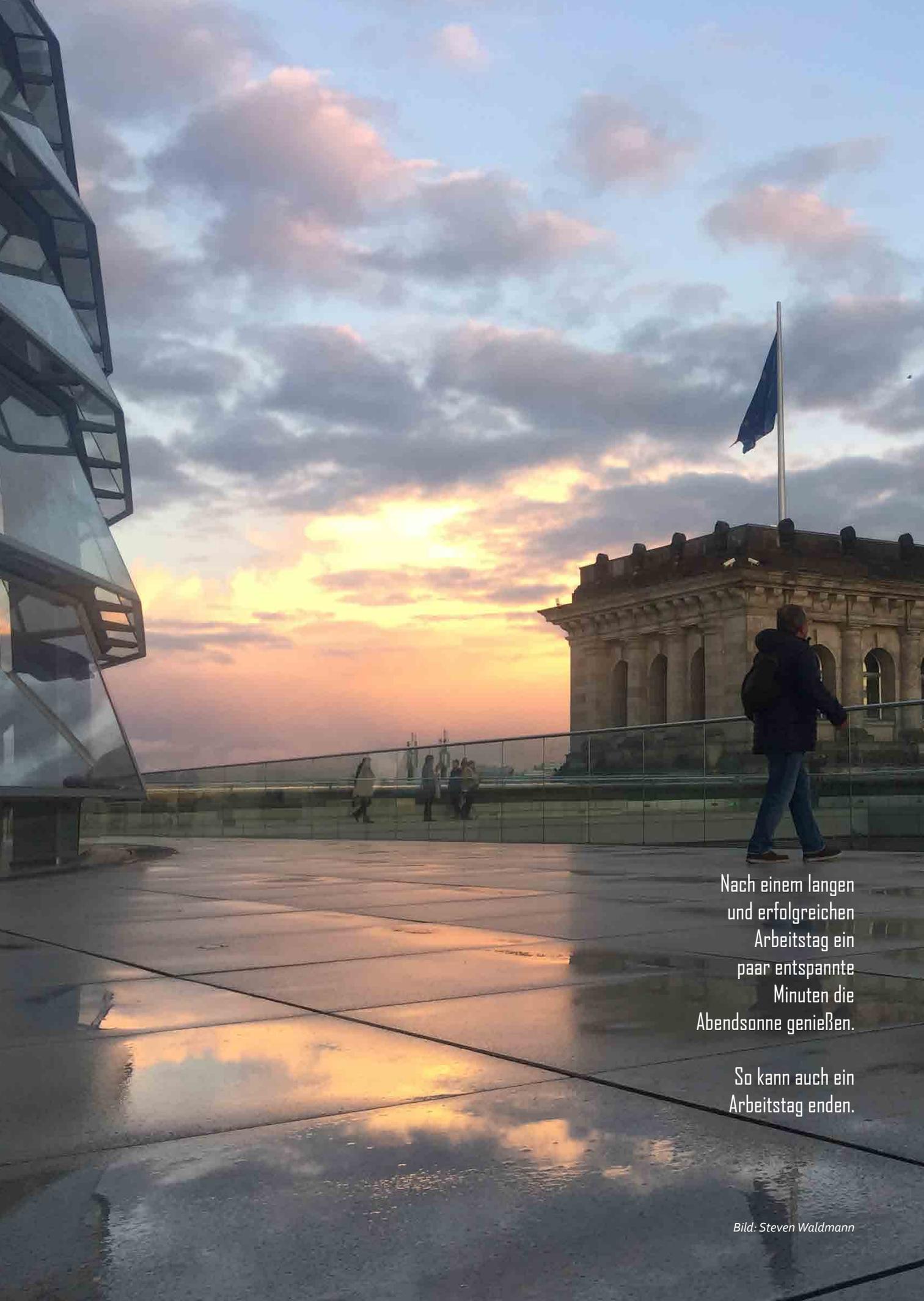
Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VBOB auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Name des Kreditinstituts \_\_\_\_\_ BIC (Bankleitzahl) - 8 bis 11-stellig \_\_\_\_\_

IBAN (Kontonummer) - DE und weitere 20 Stellen \_\_\_\_\_

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Satzung des VBOB an. Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses elektronisch verarbeitet, genutzt und ggf. an Dritte (z.B. Zeitungsverlag etc.) weitergegeben werden.

Ort, Datum und Unterschrift \_\_\_\_\_



Nach einem langen  
und erfolgreichen  
Arbeitstag ein  
paar entspannte  
Minuten die  
Abendsonne genießen.

So kann auch ein  
Arbeitstag enden.